

AUSSPRACHE

Bolschewismus und Marxismus

Bolschewismus ist — nach eigenen Angaben — „Weiterentwicklung“ der marxistischen Theorie und ihre einzig berechtigte Auslegung. Um dies zu beweisen, hält er sich möglichst eng an die Ausdrucksweise der marxistischen Klassiker. Daher ist es auch nicht schwierig, durch Zitate, die sich beliebig vermehren und auf alle Gebiete ausdehnen lassen, eine Übereinstimmung nachzuweisen. Aber es ist entschieden fehlerhaft und leistet der — ungerechtfertigten — Behauptung Vorschub, wenn man aus diesem gewollten Gleichklang der Worte auf Wesensgleichheit schließt.

Allerdings erscheint mir auch der gegenteilige Versuch, nachzuweisen, daß Bolschewismus und Marxismus nichts miteinander gemein hätten, in gewissem Sinne anfechtbar. Denn man behauptet kaum zuviel, wenn man sagt, daß es ohne *Marx* — und das ist die größte Anerkennung für seinen überragenden Geist (und „die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte“) — wahrscheinlich keine Sowjetunion gäbe. Wie dieser Staat mit *Marx* ausgesehen hätte, läßt sich nur vermuten, da er es stets und mit Recht abgelehnt hat, Zukunftsmusik zu schreiben. Bei seinem leidenschaftlichen Wollen, die Welt nicht nur zu „interpretieren“, sondern zu verändern, dürfen wir jedoch annehmen, daß er die Revolution gegen das zaristische System begrüßt hätte, wenigstens als einen Anfang.

Hätte er das getan, hätte er sich den Mächten dieses Umsturzes zugesellt, bei dem, wie üblich, nicht die Idealisten, sondern die „Tatmenschen“ den Ton angaben, dann hätte er — wollte er nicht Gefahr laufen, von der GPU „liquidiert“ zu werden — wohl oder übel auch die Folgerungen, wenn nicht als gut, so doch als unabwendbar anerkennen müssen, die sich aus der

„Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus in *einem* Lande“ (er selbst hatte immer nur mit der annähernd gleichzeitigen Weltrevolution gerechnet), in einem industriell rückständigen zwar, aber in einem Lande von immerhin der Größe eines Sechstels der Erde ergaben. Das aber bedeutete: statt „Abrüstung“ — Aufrüstung, statt „Ausgleich zwischen Stadt und Land“ — einseitige Bevorzugung der (Rüstungs-) Industrie, statt „Reichtum und Überfluß“ — Mangel und Armut, statt „Freiheit aller“ — Unfreiheit und Versklavung des einzelnen und vor allem des Arbeiters. .

Die „kapitalistische Einkreisung“ machte ferner eine Umstellung besonderer Art von der Theorie zur Praxis notwendig: nämlich von einer erhofften Weltpolitik zu der nationalistischen Abschlußpolitik (und seit dem zweiten Fünfjahresplan sogar zu einer „wehrwirtschaftlichen“ Rayon-Autarkie). Hierin ist, neben der verschiedenen Geistes- und Sinnesart der Völker, die Hauptursache zu erblicken, weshalb der Kommunismus in hochindustriellen und hochkultivierten Ländern, wie beispielsweise in Deutschland, das zu einer solchen Politik nicht in der Lage gewesen wäre, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht die gleichen Formen angenommen und auch nicht zu denselben, mit Hekatomben von Menschen erkauften, „Errungenschaften“ geführt hätte.

Deshalb ist die bolschewistische Praxis, der übrigens die Praxis der sozialistischen Länder gegenübersteht, die sich, wenn auch nur zum Teil, gleichfalls auf *Marx* berufen, kein Beweis für das Versagen oder die Unbrauchbarkeit seiner Lehre. Im Gegenteil scheint mir, daß vor allem seine zu Unrecht vergessene und geschmähte dialektische Geschichtsbetrachtung eine außerordentlich fruchtbare, ja vielleicht die einzige Methode ist, mit deren Hilfe wir uns verhältnismäßig sicher in dem schwierigen Problemkreis der Gegenwart zu orientieren vermögen.

Dr. J. Gumpert

Die Agrarfrage als politische Gestaltungsaufgabe

Es ist Wolf Donner in seinem Beitrag im Januarheft (Seite 24 ff.) gelungen, die vielschichtige Problematik der Agrarfrage in Westdeutschland ebenso knapp wie treffend zu umreißen. Seinen Ausführungen ist durchaus zuzustimmen, jedoch erscheinen mir an der Darstellung in zwei Punkten gewisse Korrekturen notwendig:

1. Der Schutz der westdeutschen Landwirtschaft ist tatsächlich geringer, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Differenz zwischen den Inlandsagrarpreisen und den Agrarpreisen im Ausland ist nicht so groß, wie — frühere Verhältnisse auf heute übertragend — oft angenommen wird. Ein Beispiel: Weizen — eines der wichtigsten Agrarimportgüter für Westdeutschland — kostet in den USA etwa 400 DM je Tonne (Dezember 1954). Bei der Ausfuhr aus den USA wird dieser Weizen um etwa 100 DM/t von Staats wegen verbilligt. So beläuft sich der „Weltmarktpreis“ für US-Weizen auf 300 DM/t. Einschließlich Seefracht (etwa 30 DM/t) kostet dieser Weizen cif Hamburg etwa 330 DM. Demgegenüber beträgt der westdeutsche (gestützte) Inlandsweizenpreis etwa 430 DM/t. Wenn man die Exportsubventionierung mitberücksichtigt, beträgt die Preisdifferenz für US-amerikanischen und westdeutschen Weizen also nur 30 DM oder knapp 10 vH des Preises. Die westdeutsche Landwirtschaft ist danach kostenmäßig nicht so unterlegen, wie es manchmal angenommen wird. Die Produktionskosten sind inzwischen auch in den früher so billig produzierenden überseeischen Ländern beträchtlich gestiegen.

2. Damit wird bereits der zweite hier zu behandelnde Punkt berührt: wenn die Agrarpreise und die Kosten der Agrarproduktion auch in den USA z. B. hoch sind, und zwar trotz einer unzweifelhaft weitgetriebenen Technisierung und obwohl alle die Vorbelastungen, unter denen die westdeutsche Landwirtschaft produziert (Flurzersplitterung, kleine Betriebe usw.), kaum vorhanden sind, so deshalb, weil die Löhne in den USA hoch sind. Wenn es gelingt, die überschüssigen Arbeitskräfte aus der westdeutschen Landwirtschaft abzuziehen, wird ein Mehreinsatz an technischen Hilfsmitteln erforderlich sein, und es werden vor allem die Landarbeiterlöhne und die bäuerlichen Einkommen steigen. Sicher werden aber nicht zugleich auch die Agrarpreise sinken. Diese werden bestenfalls auf der bisherigen Höhe bleiben; es ist aber auch durchaus denkbar, daß sie steigen werden, wenn man alles durchführt, was z. B. das „Lübke-Programm“ vorsieht. Im Vergleich zu den Preisen industrieller Produktions- und Konsumgüter werden die Agrarpreise künftig aller Wahrscheinlichkeit nach höher liegen. Denn bei der gewerblichen Produktion sind an sich

noch durchaus Kosten- und Preissenkungen zu erwarten. Sinkende Kosten bei der Agrarproduktion sind jedoch nicht wahrscheinlich.

Ob es richtig ist, von „hohen Agrarpreisen“ — heute und bezüglich der Vergangenheit — zu sprechen, kann bezweifelt werden. Es dürfte so sein, daß die — auch in vielen westeuropäischen Ländern — noch vorhandenen „agrarischen Reservearmeen“, d. h. ein Bevölkerungüberschuß auf dem Lande, ein Zuviel an ländlichen Arbeitskräften die Produktionskosten und die Agrarpreise bisher gedrückt gehalten hat. In dem Maße, wie man die agraren Slums der modernen Industriegesellschaft beseitigt — durch Strukturprogramme u. a. m. — und wie überzählige Arbeitskräfte vom Lande verschwinden, werden die Agrarlöhne, die Lohnkosten und damit die Preise für Agrarprodukte steigen. Die Beseitigung der agraren Slums hätte im ganzen daher zuerst eine humanitäre, sozialpolitische und politische Bedeutung, und sie brächte den Bauern und Landarbeitern einen wirtschaftlichen Vorteil, die so sehr verlangte „Parität“. Für die Stadtbevölkerung wäre sie ökonomisch jedoch kaum ergiebig, zum mindesten nicht in dem Sinne, daß dann die Zeit der „billigen Nahrungsmittel“ endgültig heraufkommen würde.

Dr. Ulrich Teichmann

Die sinnvolle Gestaltung der Freizeit

In dem Artikel „Zur Problematik der Vierzigstundenwoche“ (Heft 1/1955) versucht Konrad Schayer die Gründe, die gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit angeführt werden, zu entkräften. Zu dem Einwurf seiner Gegner, der Arbeitnehmer wisse nichts mit der Freizeit anzufangen, möchte ich einiges sagen.

Mit Schayer bin ich der Auffassung, daß diese Behauptung kein echtes Argument gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ist. Wenn dieser Hinweis dann auch noch vom Arbeitgeber gebraucht wird — er sich damit also zum besorgten Vertreter einer verantwortungsbewußten Mitmenschlichkeit macht — dann klingt das unter Umständen einfach lächerlich. Darf man den Einwand aber so schnell zur Seite schieben, wie Schayer es tut?

Er fordert mehr Muße für den Arbeiter. Aus dem Wort von Prof. Heuss kann man ablesen, wie er sich diese Muße vorstellt: Basteln, Sammeln, Bücher, Zeit für die Familie haben usw. Glaubt Schayer, daß der Arbeiter diese Mittel der Freizeitgestaltung von sich aus benutzen wird? Natürlich wird er nicht am Samstag Selbstmord begehen, und es ist selbstverständlich nicht daran zu denken, daß der Samstag ein Tag der „verwerflichen Gelüste“ wird. Die Frage aber bleibt: wird die Freizeit sinnvoll gestaltet werden?

Man kann dem entgegenhalten, daß die Freizeitgestaltung eine Frage des „Nachher“ ist. Erst müßte die Freizeit da sein, dann erst

könnte man erzieherisch auf die Gestaltung einwirken. Ich meine jedoch, daß eine solche Auffassung falsch ist. Schayer sagt vom Arbeitgeber, daß ihm die Arbeit zum Ersatzideal für verlorengangene höhere Ziele geworden sei. Diese „höheren Ziele“ hat der Arbeitnehmer wohl in gleichem Maße verloren. Mit seiner Freizeit weiß auch er nichts Rechtes anzufangen (das besagt nicht, daß er heute genügend Zeit hat). Auf den Verlust der „höheren Ziele“ reagiert er allerdings weithin anders als der Arbeitgeber.

Wenn also diese „höheren Ziele“ und eine sinnvolle Freizeit in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander bestehen, dann ist kaum anzunehmen, daß sich die höheren Ziele mit dem Mehr an Zeit wieder einstellen werden. Ja, der Arbeitgeber ist vielmehr der schlagende Beweis für die Tatsache, daß es auf keinen Fall so sein wird.

Nun werde ich mich aber hüten, den Gewerkschaften die Aufgabe aufzuerlegen, die verlorengegangenen höheren Ziele wiederzuentdecken und wiederaufzustellen. Hier haben andere Kräfte entscheidend mitzuwirken. Es wäre jedoch gut, wenn sie die Frage: „Was wird der Arbeiter mit seiner Freizeit anfangen?“ besser hören und ernsthafter bedenken würden. Darüber hinaus müßte dieser Einwand für die Gewerkschaften selbst so etwas wie ein „inneres Gegenargument“ werden. Das sollte sie warnen, Räume zu erobern, die sie dann nicht mehr füllen können. Die gewerkschaftliche Kampf-front wird durch ein solches „inneres Gegenargument“ nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Den Kämpfenden müßte der Kampf größer werden, wenn sie wissen, daß es nicht um eine unsinnige Freizeit gegen eine stumpfsinnige Arbeit geht. Die Gegner aber wird es schwächen, wenn sie erkennen, daß es den Gewerkschaften in ihrem Kampf um den ganzen Menschen geht, und es sich nicht darum handelt,

ob eine Arbeitsmaschine 48 oder 40 Stunden in der Woche laufen soll.

Karl Wittich

*

Es ist, wie *Karl Wittich* selbst sagt, gewiß nicht Sache der Gewerkschaften, dem werktätigen Menschen vorzuschreiben, was er mit seiner Freizeit anzufangen habe. Gegen eine solche Bevormundung führt *Prof. Hische* mit Recht an: „Der Sinn der Freizeit liegt in der Freiheit der Handhabung.“ Das besagt selbstverständlich nicht, daß man sich darüber keine ernstesten Gedanken zu machen hätte, was der arbeitende Mensch mit seiner Freizeit anfangen wird, bzw. anfangen sollte. Ja, es ist geradezu die Pflicht eines jeden, der sich für das gesellschaftliche Geschehen mitverantwortlich fühlt, darüber nachzudenken. Hiermit ist eine Kernfrage der heutigen Zivilisation angeschnitten, die keineswegs auf den Kreis der Arbeitnehmer beschränkt ist.

Die Antworten auf diese Frage dürften allerdings ebenso verschiedenartig ausfallen, wie sich die Lebensanschauungen der einzelnen unterscheiden. Und das halte ich noch nicht einmal für beklagenswert. Daß in der modernen Gesellschaft mannigfaltige Formen sinnvoller Lebensgestaltung einander begegnen und zu steter Auseinandersetzung anregen, beurteile ich durchaus positiv. Das muß keineswegs dazu führen, daß sich die Konturen verwischen. Leider neigt man, insbesondere in Deutschland, zu uniformen Lösungen. Doch beginnt sich auch bei uns die Auffassung durchzusetzen, daß nichts verwerflicher wäre, als die „Freizeitgestaltung“ organisieren zu wollen.

Manche Menschen, die heute nichts mit sich anzufangen wissen — es handelt sich dabei übrigens keineswegs nur um Arbeitnehmer, und gewiß nicht einmal um die Mehrzahl der Arbeitnehmer! —, werden sich während des verlängerten Wochenendes ihres Elends erst voll bewußt werden. Das kann ihnen nicht erspart werden. Mag diese Übergangsphase von manchen auch als leidvoll empfunden werden, so ist sie doch notwendige Vorbedingung, um den Weg zu einem sinnerfüllten Leben zu finden. Notwendig im ureigensten Sinne des Wortes: die (seelische) Not wendend.

Es ist falsch zu fragen, was zeitlich vorrangig ist: die Schaffung der Freizeit oder die erzieherische Einwirkung auf die Gestaltung der Freizeit? Letzteres ist und bleibt stets die Aufgabe, die durch die Erkämpfung eines Mehr an Freizeit nur noch stärkeres Gewicht erhält. Wer sich dieser Aufgabe widmet, darf allerdings, wenn es um die Schaffung bzw. Verbesserung der Voraussetzungen für sein erzieherisches Wirken geht, nicht abseits stehen. Will er auf Glaubwürdigkeit Anspruch erheben, so wird er sich der Bewegung für die Arbeitszeitverkürzung von ganzem Herzen anschließen müssen. Er wird seine Mitarbeit nicht an die Bedingung knüpfen, daß die Bewegung seine pädagogischen Ziele bejaht.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Organisationen der Arbeitnehmer mit der Erringung der Vierzigstundenwoche Räume erobern, die sie nicht füllen können — und nicht füllen wollen. Die Gewerkschaften sind an keine festumrissene Weltanschauung gebunden. Und das ist gut so. Sie sind sich dennoch zutiefst bewußt, daß ihr Kampf um die Arbeitszeitverkürzung einem humanistischen Anliegen gerecht wird, ja erst von diesem Anliegen seine letzte Berechtigung und Überzeugungskraft empfängt. Es geht also beim Kampf um die Vierzigstundenwoche sehr wohl um „den ganzen Menschen“, wenn es auch den einzelnen überlassen bleiben muß, die ihnen durch die Freizeitmehrung gewährten Chancen sinnvoller Lebensgestaltung zu nutzen.

Konrad Schayer